

## **Niederschrift**

über die gemeinsame Sitzung des Behindertenbeirates und des Seniorenbeirates - öffentlich -

Datum: 03.12.2013  
Ort: Beratungsraum 118, Rathaus Markt 1, 09111 Chemnitz  
Zeit: 15:30 Uhr - 17:10 Uhr  
Vorsitz: Herr Klaus Möbius - Vorsitzender des Behindertenbeirates  
Frau Rothe - Vorsitzende des Seniorenbeirates

### **Beschlussfähigkeit**

Soll: 6 Stadträtinnen/Stadträte      Soll: 16 sachkundige Einwohnerinnen/Einwohner  
Ist: 4 Stadträtinnen/Stadträte      Ist: 14 sachkundige Einwohnerinnen/Einwohner

### **Anwesenheit**

#### **Entschuldigt**

Herr Hermann Bartl	(Seniorenbeirat)	krank
Frau Margitta Hochmuth	(Seniorenbeirat)	andere Verpflichtungen
Herr Kay Uhrig	(Behindertenbeirat)	krank
Herr Michael Walter	(Behindertenbeirat)	dienstlich

#### **Frühzeitiges Verlassen (Stadtratsmitglieder)**

Frau Jacqueline Drechsler	(Behindertenbeirat)	16:20 Uhr; TOP 3; Sitzung Jugendhilfeausschuss
Frau Sabine Pester	(Seniorenbeirat)	16:20 Uhr; TOP 3; Sitzung Jugendhilfeausschuss
Frau Susanne Schaper	(Behindertenbeirat)	16:55 Uhr; TOP 3; Personalfindungskommission

#### **Stadtratsmitglied**

Herr Wolfgang Kraneis      (Seniorenbeirat)

#### **sachkundige Einwohner Behindertenbeirat**

Frau Karla Brümmer  
Herr Jürgen Böhm  
Herr Klaus Möbius  
Frau Nadin Reichel  
Frau Anja Voigt  
Herr Horst Wehner  
Frau Julia Wunsch

#### **sachkundige Einwohner Seniorenbeirat**

Frau Dr. Eva Bonitz  
Herr Egbert Däumler  
Frau Gieslinde Fleischer  
Herr Roland Fluhr  
Herr Roland Kaden  
Frau Hildegard Rothe  
Frau Dietlind Voigt

**beratend Teilnehmende**

Frau Petra Liebetrau                      Behindertenbeauftragte

**Gäste**

Herr Tschök                                CVAG  
Herr Wolf                                    CVAG

**Bedienstete der Stadtverwaltung**

Herr Dirk Bräuer                         Abteilungsleiter Abt. 66.6  
Frau Kerstin Lull                         Sachbearbeiterin Abt. 66.6

**Schriftführerin**

Frau Ramona Seidel                      Sachbearbeiterin Abt. 15.4

- 
- 1            Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 

**Herr Möbius (Vorsitzender Behindertenbeirat) und Frau Rothe (Vorsitzende Seniorenbeirat)** eröffnen die Sitzung und stellen die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßen die Beiratsmitglieder, die Bürgerinnen und Bürger und die Gäste.

- 
- 2            Feststellung der Tagesordnung
- 

Es gibt keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung, diese ist somit festgestellt.

- 
- 3            Die CVAG im Blickpunkt der Chemnitzer Bürgerinnen und Bürger mit Handicap
- 

**Herr Möbius** und **Frau Rothe** führen in den Tagesordnungspunkt ein. Frau Rothe erklärt, sie hoffe, dass die heutige Sitzung ein Anfang für weitere gemeinsame Sitzungen beider Beiräte sei. Zur Thematik CVAG sagt sie einleitend, dass 400.000 € Mehreinnahmen bei der CVAG Menschen mit eingeschränkten Kompetenzen gegenüber stehen.

**Herr Tschök (Pressesprecher CVAG)** stellt voran, dass bereits eine Reihe von Diskussionen gemeinsam geführt wurde und das Feedback daraus für die CVAG sehr wichtig sei. Dabei werden jedoch nicht alle Probleme gelöst werden können. Er informiert, dass täglich über 100.000 Personen befördert werden, wobei ca. 35 - 40 % ältere Menschen und Menschen mit Handicaps seien.

**Herr Wolf (CVAG)** informiert über den bestehenden Fahrzeugpark.

**Herr Bräuer (Abteilungsleiter Abt. 66.6)** erklärt, dass die Leistungen der CVAG diese im Auftrag der Stadt Chemnitz erbringe. Er führt aus, dass bezogen auf den barrierefreien ÖPNV sehr gute Standards so z. B. bei den Regelbauweisen bestehen. Auch sei man sehr weit bei den dynamischen Fahrgastinformationen und zwischen der AG „barrierefreies Bauen“ und der AG „ÖPNV für alle“ gäbe es eine gute Zusammenarbeit. Eine Verbesserung gäbe es in der geradlinigen Anfahrt von Haltestellen und es werde versucht bei Sanierungen von Straßendecken die Haltestellen mit zu berücksichtigen. Negativ sei, dass das Spaltmaß an Straßenbahnhaltestellen noch nicht barrierefrei, dies jedoch kurzfristig nicht zu ändern sei. Der langsame Umbau der Haltestellen sei unbefriedigend, was daran liege, dass es im Haushalt kein gesondertes Programm zum Ausbau gäbe.

Abschließend weist er darauf hin, dass ein Haltestellenumbau ca. 15.000 € koste. Ansprüche, welche zu realisieren seien, ergeben sich aus dem Personenbeförderungsgesetz, in welchem festgelegt sei, bis zum 01.01.2022 eine vollständige Barrierefreiheit im ÖPNV zu erreichen.

**Herr Möbius** stellt fest, dass dafür noch sehr viel zu tun sei.

**Herr Kaden (sachkundiger Einwohner Seniorenbeirat)** verdeutlicht, dass ältere Bürger auch Handicaps haben können und erinnert in diesem Zusammenhang an ein Bild in der Freien Presse vom 27.11.2013 zum Vordereinstieg. Er meint, dass der höhere Gewinn und die gestiegene Anzahl der Fahrgäste kurzfristig erfasst und somit etwas gewagt seien. Ein längerer Zeitabschnitt sei für eine reale Bewertung maßgeblich. Er bewertet den Vordereinstieg als Nachteil vieler älterer Bürger und betont, dass ein Kompromiss gefunden werden müsse. Er stellt ebenfalls fest, dass die Fahrer die Tickets beim Einstieg nicht tatsächlich genau angucken könnten.

**Herr Möbius** fände es diskriminierend, wenn Fahrgäste ihre Behinderung z. B. durch Schilder ausweisen müssten, um hinten einsteigen zu dürfen.

**Herr Wehner (sachkundiger Einwohner Behindertenbeirat)** findet es gut, dass diese Problematik in öffentlicher gemeinsamer Sitzung beider Beiräte diskutiert werde. Er erinnert, dass es zum Vordereinstieg eine Probephase geben sollte und fragt nach der Bewertung dieser.

**Herr Tschök** erklärt, dass mit dem Vordereinstieg die CVAG wirtschaftlicher werden wolle und mehr Einnahmen erwirtschaftet werden könnten. Hierbei konnte noch kein längerer Zeitraum betrachtet werden, da der Vordereinstieg erst seit einem viertel Jahr bestehe. Er sagt, dass ein höherer Deckungsbeitrag in Höhe von 350.000 – 400.000 € entstehen könne und dies der Wert eines Omnibusses wäre, welcher ungefördert angeschafft werden könnte. Er erklärt, dass die Probephase gewünscht wurde, die CVAG den Vordereinstieg jedoch nicht als Probetrieb testen wollte. Er informiert, dass es im September ca. 80, im November dagegen nur noch ca. 15 Beschwerden gab.

**Frau Dr. Bonitz (sachkundige Einwohnerin Seniorenbeirat)** betont, dass es nicht sein könne, dass wegen rein ökonomischer Interessen behinderte Menschen noch mehr eingeschränkt werden. In einer Stadt mit vielen älteren Menschen müssten die Maßnahmen noch mehr differenziert werden. Sie veranschaulicht wie schwer es ist, mit zwei Gehstützen den Bus zu nutzen. In diesem Zusammenhang geht sie auf die Bahnsteige im neugestalteten Bahnhof ein.

**Frau Wunsch (sachkundige Einwohnerin Behindertenbeirat)** weist darauf hin, dass der Vordereinstieg auch für Menschen ohne Behinderung schwierig sei, wenn diese Kinder oder Taschen im Arm halten. Insbesondere geht sie auf das Beschwerdemanagement ein und erklärt, dass sehr lange auf Antworten gewartet werden musste bzw. nur kurze Antworten gegeben wurden. Sie erinnert, dass nicht jede Behinderung gesehen werden könne und auch nicht jeder Behinderte seine Behinderung offen legen möchte, sondern diese einfach teilhaben möchten, wie Menschen ohne Behinderung auch. Sie könne nicht erkennen, dass es durch den Vordereinstieg zu Verbesserungen kam.

**Herr Tschök** erklärt, dass das Bild in der Freien Presse nicht durch die CVAG initiiert wurde. Er legt dar, dass viele Fahrgäste das System abgeschafft haben wollten und dies der CVAG auch schriftlich mitgeteilt haben. Die CVAG habe die Probleme zwar erkannt, wolle aber das System des Vordereinstiegs beibehalten. So könne zwar Briefwechsel erfolgen, das Problem der einzelnen Fahrgäste werde damit allerdings nicht gelöst.

Eine Besucherin aus dem Publikum erklärt, dass sie die Dame auf dem Bild aus der Freien Presse sei und dass es funktioniere, dass der Bus hinten geöffnet werde, wenn sie die Karte mit dem Grad ihrer Behinderung hochhalte. Sie sagt, dass das eigentliche Problem sei, dass durch den Bus eine Strecke gelaufen werden müsse während der Bus bereits fahre.

**Herr Möbius** bezieht sich in diesem Zusammenhang auf eine Statistik des Herrn Glaser zum Verhalten der Busfahrer und fragt, wie die Fahrer seitens der CVAG geschult werden, um mit den verschiedensten Arten der Behinderung umgehen zu können.

**Herr Wolf** informiert, dass der Vordereinstieg vor der Einführung innerbetrieblich bekannt gemacht wurde und die Fahrer entsprechend geschult wurden. Im Fahrpersonal gäbe es ebenfalls geteilte Meinungen zum Vordereinstieg, was leider entsprechend im Alltag umgesetzt werde. Er gibt zu, dass es Linien gäbe, auf denen die Busse sehr voll seien und es Schwierigkeiten gäbe. Das Öffnen der hinteren Türen läge dabei im Ermessen der Fahrer. Die Fahrer reagierten leider unterschiedlich auf Situationen und er könne derzeit keine Lösung hierzu anbieten.

**Herr Böhm (sachkundiger Einwohner Behindertenbeirat)** legt dar, dass auch hörgeschädigte Personen große Probleme bei der Nutzung von Bussen hätten. Er geht hierbei auf die Linie 36 ein, wo der Umstieg telefonisch angemeldet werden müsse. Er fragt, wie die Reservierung anderweitig ausgelöst werden könne, so dass diese auch Hörgeschädigte nutzen können. Er sagt, dass beispielsweise das Internet barrierefrei dafür zugänglich sein müsse oder man sich per E-Mail anmelden könnte.

**Herr Tschök** erklärt, dass dieses Problem bedauerlicher Weise noch nicht aufgefallen sei und er durchstelle, dass kurzfristig nach einer Lösung gesucht werde.

**Frau Anja Voigt (sachkundige Einwohnerin Behindertenbeirat)** sagt, dass die Kommunikation mit den Fahrern recht gute funktioniere. Allerdings sei es ihr auf der Linie 21 schon passiert, dass kein rechtzeitiger Ausstieg möglich war. Sie betont, dass die Busse noch nicht losfahren sollten, so lange sich behinderte Fahrgäste nicht festhalten bzw. hinsetzen konnten.

**Frau Gießner (Besucherin aus dem Publikum)** findet es gut, dass einem beim Vordereinstieg z. B. an der Zentralhaltestelle Niemand mehr entgegen kommen könne. Die Fahrgäste sollten sensibilisiert werden zügig nach hinten zu laufen. Sie bittet darum, dass bei älteren Bussen die vorderen Türen nur bis zu Hälfte geöffnet werden, da es ansonsten keine Möglichkeit gäbe, sich festzuhalten.

**Herr Möbius** fragt, ob es überhaupt möglich sei, dass Behinderte vorn aussteigen.

**Herr Wolf** erklärt, dass innerbetrieblich geregelt sei, dass bei sehr gefüllten Fahrzeugen Durchsagen nach innen und außen erfolgen können und alle Türen geöffnet werden dürfen. Technisch sei ein Vorderausstieg möglich. Er legt weiter dar, dass die 3. und 4. Tür Automattüren seien und somit automatisch schließen. Da die Türen aber sofort wieder aufgehen, sobald sie Personen berühren, sind Verletzungen ausgeschlossen.

**Frau Gießner** weist darauf hin, dass Blindenstöcke zu schmal seien und hier die Automatik nicht funktioniere.

**Herr Tschök** sagt, dass das Einstromprinzip im Bus nur gelingen könne, wenn die Fahrgäste zügig durch den Bus gehen.

**Herr Stadtrat Kraneis (SPD-Fraktion)** regt an, dass die CVAG ihre Möglichkeiten mit den Fahrgästen zu kommunizieren besser und intensiver nutze. So könne z. B. das laufende Band unter den Fahrzeitenangaben an der Zentralhaltestelle für allgemeine Informationen genutzt werden. Er erklärt, dass sich die CVAG um die genannten Probleme kümmern müsse und korrekte Verhaltensweisen der Fahrer eingefordert werden müssten.

**Frau Dietlind Voigt (sachkundige Einwohnerin Seniorenbeirat)** nennt als Beispiel eine Fahrt mit der Buslinie 126, wo die Tür frühzeitig zu ging und sie verletzt wurde.

**Herr Wolf** informiert, dass die Linie 126 nicht durch Busse der CVAG befahren werde, Beschwerden jedoch an die RVE weiter geleitet werden.

**Frau Rothe** weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass auch außerhalb von Chemnitz die Mobilität in den Überlandbussen gesichert werden müsse. So sei das Benutzen dieser Busse mit einem Rollator nahezu unmöglich.

**Herr Bräuer** legt dar, dass der Vordereinstieg eine Unternehmensentscheidung und deshalb nicht im Nahverkehrsplan festgeschrieben sei.

**Herr Wolf** stimmt zu dass die Unternehmen der Kooperationsgemeinschaft noch viele Busse haben, welche nicht barrierefrei seien.

**Herr Möbius** bittet darum, dass innerhalb der CVAG die Statistik des Herrn Glaser ausgewertet werde, da es an Service und Freundlichkeit noch einiges zu tun gäbe.

**Herr Tschök** erklärt zu den Ausführungen des Herrn Kraneis, dass die Fahrer gut geschult und kontrolliert werden müssten und hierbei Nachholebedarf bestehe. Die häufigere Nutzung der Laufbänder an der Zentralhaltestelle sei durch die CVAG schon angestrebt.

**Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE)** hält die heutige Diskussion für konstruktiv, sie fragt jedoch wie die Erfolgskontrolle laufe und wie das Beschwerdemanagement statfinde. Sie zeigt sich unzufrieden mit der Aussage, dass Fahrer eben unterschiedlich seien und meint, dass hier mehr eingewirkt werden müsse.

**Herr Wolf** führt aus, dass konkrete Beschwerden im persönlichen Gespräch geklärt und ausgewertet werden. Erst danach erfolge die Antwort an den Beschwerdeführer. Auch gäbe es arbeitsrechtliche Konsequenzen, wobei Serviceunfreundlichkeit allerdings kein ausreichender Kündigungsgrund vor dem Arbeitsgericht sei. Jeder Fahrer werde zweimal jährlich von seinem Meister während des Fahrdienstes überprüft. Eine Kameraüberwachung dürfe nicht erfolgen und nicht verwendet werden für Verhaltenskontrollen.

**Herr Tschök** stellt auf die Kritik der Frau Schaper richtig, dass auf mehrfache Schreiben mit gleichem Inhalt keine neue Antwort gegeben werden könne, wenn das Unternehmen den Sachverhalt nicht ändern möchte.

**Frau Liebetrau (Behindertenbeauftragte)** sagt, dass auch bei ihr Beschwerden zum Vordereinstieg eingegangen seien. Dabei wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass den Fahrern zusätzliche Aufgaben zugemutet werden. Sie fragt, ob die Zahl der Beschwerden sich nur auf schriftliche Beschwerden beziehe.

**Herr Tschök** erklärt, dass es sich hier um schriftliche Beschwerden bzw. um Beschwerden per E-Mail bzw. Beschwerdeformular im Mobilitätscenter handle. Mündliche Beschwerden seien hierbei nicht berücksichtigt.

**Herr Wolf** informiert, dass der Fahrscheinverkauf beim Fahrer proportional zu den Mehreinnahmen zugenommen habe. Andere Verkaufsmöglichkeiten wurden dabei nicht eingestellt. Er appelliert, dass sich vor Fahrtantritt Fahrscheine an Automaten gekauft werden um die Fahrer zu entlasten. Er sagt, dass die CVAG es befürworten würde, wenn Fahrscheine im Vorverkauf rabattiert werden, denkt aber, dass dies im Verkehrsverbund keine Bestätigung finden würde.

**Herr Kühn (Besucher aus dem Publikum)** vergleicht den ÖPNV zwischen Berlin, Dresden, Leipzig und Chemnitz und stellt fest, dass es in Chemnitz das optische Signal vor Schließung der Türen in den neuen Straßenbahnen nicht mehr gäbe. Er fragt ob ggf. auch ein optisches Signal außen erscheinen könne, bevor die Bahn abfahre.

**Herr Wolf** erklärt, dass die neuen Bahnen und Busse innerhalb wieder ein optisches Signal haben und die Nachrüstung in den bestehenden Fahrzeugen sehr preisintensiv wäre.

**Herr Wehner** fragt, ob es zu den Haltestellen allgemein Bewertungen gäbe und ob Haltestellen bei Bedarf verlagert werden könnten.

**Herr Bräuer** führt aus, dass in Einzelfällen geprüft werde, ob etwas getan werden könne. Die Verlegung von Straßenbahnhaltestellen sei extrem teuer, auch sei es bei den vielen noch zu sanierenden Bushaltestellen nicht möglich so eben eine Haltestelle zu verlegen. Verlegte Haltestellen seien dann aber meist nicht barrierefrei. Er weist darauf hin, dass sich Einrichtungen im Vorfeld eines Umzuges auch Gedanken zu ihrer Erreichbarkeit machen müssten. Gerade für öffentliche Einrichtungen gelten für diese Gesetzlichkeiten wie z. B. das Behindertengleichstellungsgesetz, welche einzuhalten seien. Dies stelle also nicht nur ein Problem des Unternehmens dar, sondern ist auch Sache der Einrichtung welche umziehe.

**Frau Voigt (sachkundige Einwohnerin Behindertenbeirat)** informiert zur Echtzeitauskunft der CVAG, dass diese mit Screenreader nicht lesbar seien und fragt ob diese ggf. als App freigegeben könnten.

**Herr Tschök** erklärt, dass er dieses Problem mitnehme, die Variante als App aber außerordentlich teuer wäre und weist darauf hin, dass das mobile Internet die Echtzeit anzeige.

**Herr Wolf** ergänzt, dass eine App nicht finanzierbar sein werde.

**Herr Kraneis** bringt die Idee ein, dass Personen mit Anzügen, welche Behinderungen und Einschränkungen simulieren, Probleme nachvollziehen, welchen ältere und behinderte Fahrgäste ausgesetzt seien. Dies helfe der CVAG sicher beim Erkennen und Beseitigen von Problemen.

*Diese Idee wird seitens der Beiratsmitglieder unterstützt.*

**Frau Dr. Bonitz** sagt, dass die praktischen Übungen, welche zusammen mit Frau Lützelberger erprobt wurden, die Verkehrsbetriebe sicher weiter bringen würden.

**Hr. Möbius** bedauert, dass Herr Beulig (Sprecher des Fahrgastbeirates der CVAG) trotz Zusage nicht an dieser Sitzung teilgenommen hat. So war es nicht möglich, ihn in die Diskussion einzubeziehen, was sehr bedauerlich ist.

- 4 Bestimmung von zwei Beiratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung
- 

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden **Herr Stadtrat Kraneis (SPD-Fraktion)** und **Herr Wehner (sachkundiger Einwohner)** bestätigt.

10.12.2013 ..... Datum	 ..... Klaus Möbius Vorsitzender des Behindertenbeirates	10.12.2013 ..... Datum	 ..... Hildegard Rothe Vorsitzende des Seniorenbeirates
11.12.2013 Datum	<i>Kraneis</i> Kraneis Mitglied des Beirates	13.12.2013 Datum	<i>Horst Wehner</i> Wehner Mitglied des Beirates
10.12.2013 Datum	<i>Seidel</i> Seidel Schriftführerin		